

In der Blase

#Zukunft der Öffentlichkeit

Digitale Echoräume | Politik des öffentlichen Raums | Hate Speech | Strukturwandel revisited | Public Intellectuals | Repräsentation und Beteiligung | Bestelldemokratie | Europäische/Nationale Öffentlichkeiten | Internet Killed The Video Store

Liebe Leserin, Lieber Leser,

die Welt um uns scheint aus den Fugen geraten. Wir sehen entsetzt wie identitärer Populismus und Nationalismus wachsen, wie die grundlegenden Werte von Pluralismus und Demokratie unter Druck geraten. Doch obgleich die verschiedenen Phänomene wortreich beschrieben werden, müssen wir besser verstehen, was in unseren und anderen Gesellschaften vor sich geht. Ein Schlüssel dafür, besser zu verstehen, liegt in einer neuen Auseinandersetzung mit dem Zustand und der Zukunft der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit verstanden als die Räume, in denen Unterschiede aufeinandertreffen können, anstatt sich in Blasen zu separieren.

polar befasst sich in der vorliegenden Ausgabe mit der Zukunft der »öffentlichen Räume«. Wir verstehen das Heft als Aufruf zur Reflexion und Wiederentdeckung einer entscheidenden Kategorie des Sozialen und der Demokratie. Wo trifft sich das Noch-nicht-Geteilte und -Gefilterte?

Eine neue Befassung mit dem »Öffentlichen« muss die Augen aufmachen für die digitale Entwicklung des öffentlichen Raums, ihre Öffnungen und Schließungen. Nicht erst im digitalen Zeitalter gilt: »Die« Öffentlichkeit besteht aus vielen unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten, in denen Gesellschaft aufeinandertrifft. Jede Eckkneipe und jede Lokalzeitung sind und waren Teil davon. Gleichzeitig erleben wir im digitalen Raum, wie die Filter Bubble der Algorithmen bestimmt, was wir finden. Der Kampf um die Rückgewinnung von Öffentlichkeit wird sich insbesondere in der digitalen Sphäre abspielen.

Eine neue Befassung mit dem »Öffentlichen« stößt auf die Frage nach dem Verhältnis von nationalen Öffentlichkeiten, an die wieder starke Steuerungsvorstellungen geknüpft werden, und globaler Entgrenzung, die nach der Herausbildung supranationalen Öffentlichkeiten verlangt. Wie steht es um den Zustand der europäischen Öffentlichkeit und was können wir für ihre Stärkung tun?

Hinzu kommt eine massive Gefährdung analoger Räume, die bislang der öffentlichen Begegnung dienten. Die soziale Schließung von KITAS und Schulen setzt sich fort in den Räumen, in denen wir als Erwachsene zusammenleben – von den Arbeitszusammenhängen bis zu den Kultureinrichtungen. Wie kann es gelingen, die gemeinsamen Räume gegen das Auseinanderdriften der Schichten und Milieus zu bestärken?

polar fragt nach Zustand und Bedeutung des öffentlichen Raums: In ihrem Eingangstext plädiert Sabine Meier (S. 9) für den Erhalt öffentlicher Räume als Orte zweckfreier Kommunikation und der sozialen Inklusivität. Für Ole Meinefeld (S. 15) ist öffentlicher Raum ein Bereich, in dem Erfahrungen geteilt werden können.

Heinz Bude (S. 23) befasst sich in seinem Beitrag für den Begriff der Inklusion und sieht in der Solidarität den Schlüsselbegriff einer Politik der Begegnung. Carlos Becker (S. 29) beschreibt den sozialen und demokratischen Wert des Privaten. Um den schillernden Begriff der Partizipation und die mit ihm verbundenen Hoffnungen geht es bei Darin Barney (S. 37). Das Ziel politischer Bildung sieht Thomas Krüger (S. 43) in der Handlungsfähigkeit und Subjektstärkung des Menschen. Christoph Raiser (S. 49) plädiert für europäische Narrationen, die den grenzüberschreitenden Austausch über gemeinsame Ziele ermöglichen. Im Beitrag von Moritz Hien (S. 53) geht es um die juristischen Grenzen des öffentlichen Raums und wie diese auch mittels Bierdosen-Flashmobs gegen eine schleichende Privatisierung verteidigt werden können. Ludger Schwarte (S. 145) beklagt ein unzureichendes Verständnis des Begriffs der Öffentlichkeit und fordert Differenzierung und eine neue Theorie demokratischer Öffentlichkeit.

Doch wie ist es um die digitalen Räume bestellt? Volker Gerhardt (S. 73) beschreibt in seinem Beitrag Fluch und Segen der digitalen Technik. Jan-Hinrik Schmidt (S. 80) widmet sich in seinem Text der Bedeutung des Internets für die Meinungsbildung und problematisiert eine Verschiebung hin zum Leben in der eigenen Blase. Das sieht Boris Fust (S. 88) genauso und zieht die Schlussfolgerung, das Internet sei kein Ort mehr, an dem sich etwas erleben ließe – neu sei, dass man alles schon kenne. Joachim von Gottberg (S. 92) zeigt am konkreten Fall ein funktionierendes System der freiwilligen medialen Selbstkontrolle. Theresa Züger (S. 99) beschreibt – am Beispiel des Whistleblowing – wie die Vielschichtigkeit von Information und die Ambivalenz von Bedeutungen uns zeigen, dass es stets ein mühsames Unterfangen ist, sich der Wahrheit gewiss zu sein. Um Dauerhasser und Krieger an der Tastatur geht es im Beitrag von Christian Neuner-Dudenhofer (S. 114). In Anbetracht der Tatsache, dass sich ein großer Teil des politischen und sozialen Diskurses zunehmend von der Straße in den virtuellen Raum verlagert, fragt Jennifer Vogelsang (S. 120) nach der Versammlungsfreiheit im Netz.

Und was macht die öffentliche Kunst? Am Beispiel von Wolfgang Herrendorfs Online-Tagebuch *Arbeit und Struktur* fragt Maximilian Burk (S. 154) nach der Rolle von Authentizität für die Rezeption eines Textes. Verena Hepperle (S. 158) geht der These nach, zeitgenössische Schriftstellerinnen und Schriftsteller seien weniger politisch engagiert – und wiederlegt sie an Hand eines eindrücklichen Beispiels. Fiona Geuß (S. 165) schließlich beschreibt in ihrem Text den Wandel des Öffentlichkeitsverständnisses in der Kunst nach 1986 hin zu einer Kunstpraxis, die auf gemeinschaftlichem Handeln und dem gemeinsamen Gespräch aufbaut.

In der Hoffnung, dass Sie etwas finden konnten, was Sie nicht gesucht haben!

Für die Redaktion

Peter Siller, Bertram Lomfeld





BEGEGNUNG

Third Places	9
Öffentliche Räume als Begegnungsorte mit dem Unbekannten	
Sabine Meier	
Geteilte Erfahrung	15
Für eine Politik des öffentlichen Raums	
Ole Meinefeld	
Begegnung und Berührung	23
Was für eine Gesellschaft wäre eine »inklusive Gesellschaft«?	
Heinz Bude	
Kommunikative Autonomie	29
Zum demokratischen Wert der Privatheit	
Carlos Becker	
Partizipatorische Verhältnisse	37
Verkehrung eines demokratischen Versprechens?	
Darin Barney	
Wen erreicht politische Bildung?	43
Von Interessierten, Schüler/innen, Bildungsbenachteiligten und Demokratieverdrossenen	
Thomas Krüger	
Andere Geschichten	49
Zur Erneuerung einer europäischen Öffentlichkeit	
Christoph Raiser	
Bierdosen für die Freiheit	53
Öffentliches Forum und private Märkte	
Moritz Hien	
Der wahre Text: »2007/2017«	62
Neue Berliner Sprachkritik	
Nachruf: »DEMOCRACY«	62
Susann Neuenfeldt / Simon Strick	

BLASE

Zu nah am Feuer	73
Das unvergleichlich Neue der digitalen Technik und ihre gerade darin unterschätzte Gefahr	
Volker Gerhardt	
Filterblasen und Echokammern	80
Das Gefüge digitaler Kommunikation	
Jan-Hinrik Schmidt	
Personalisierte Ausspielungen	88
Alter Wein in neuen digitalen Schläuchen?	
Boris Fust	
Öffentliche Selbstbindungen	92
Das Prinzip der medialen Selbstkontrolle	
Joachim von Gottberg	
Die Wahrheit und ihre neuen Kleider	99
Whistleblowing als Ausdruck gesellschaftlicher Wahrheitssuche	
Theresa Züger	
Ist es links? Spezial: »Post-Faktizität«	104
Arnd Pollmann/Thomas Hoffmann/Christian Neuhäuser/Sarah Tietz	
Haters gonna hate	114
Was tun gegen den Hass im Netz?	
Christian Neuner-Duttenhofer	
Versammlung 2.0	120
Vom Schutz der Zusammenkünfte im virtuellen Raum	
Jennifer Vogelsang	
MEIN HALBES JAHR	
>Musik< · Johannes von Weizsäcker	61
>Film< · Matthias Dell	62
>Literatur< · Johanna-Charlotte Horst	124
>Comic< · Peter Siller	126



BARRIERE

Irgendjemand entscheidet 145

Für eine neue Theorie demokratischer Öffentlichkeit
Ludger Schwarte

Schreiben zum Tode 154

Authentizität und Text in Wolfgang Herrndorfs
Arbeit und Struktur
Maximilian Burk

Das wiederum 158

Zum Selbstverständnis politisch engagierter
Gegenwartsliterat/innen
Verena Hepperle

End Your Silence 165

Öffentlichkeitsverständnisse in der Kunst nach 1968
Fiona Geuß

Leben im Kapitalismus:

>offline/online< 170

Ina Kerner

Bildpolitik: >Öffentliches Sprechen< 172

Martin Saar

SCHÖNHEITEN

Ausgestellte Intimität 175

Amalia Ulmans Instagram
Birthe Mühlhoff

Declare, or shut the fuck up 176

David Milchs *Deadwood*
Heiko Schulz

Gegen die Schließung 177

Die Initiative *A Public Library*
Anna-Catharina Gebbers

Mehr als Kritik 178

Öffentlichkeit und Erfahrung von Negt & Kluge
Robin Celikates

In-Beziehung-Setzen 179

Die Verfilmung von Schierachs *Terror*
Simone Jung

Auf der Straße 180

Judith Butlers *Theorie der Versammlung*
Ann-Charlotte Günzel

Eine halbe Ewigkeit 181

Über neue Formen des öffentlichen Protests
Franziska Humphreys

Ohne Worte. 183

Über den Unterschied der Gesichtszüge im Menschen
Ulrike Meyer

Wir waren schon weiter 184

Dominik Grafs *Es werde Stadt* und *Keimena*
Anna Sailer

Diskursive Utopie 185

Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* revisited
Bertram Lomfeld

Roundtable 188

Autorinnen und Autoren 190

Impressum 192

Achim Riethmann

Werfer, 2013

Achim Riethmann diskutiert mit seiner Kunst die Möglichkeiten, politische Themen mit Hilfe von ästhetischen Bildern zu verhandeln. In seiner hier gezeigten Bilderserie »Werfer«, 2013, sind auf kleinformatigen Aquarellen jeweils ein realistisch gemalter Mensch zu sehen, laufend und etwas werfend. Ihre Bewegungen erinnern also an die Handlungsabläufe, die man während »gewalttätiger« Demonstrationen oder Aufständen sieht. Das Gesicht der Demonstranten allerdings bleibt unsichtbar, was ihnen nicht nur in der von ihnen umkämpften Öffentlichkeit einen gewissen Schutz gibt, sondern sie auch aus einem Status der Subjektivität enthebt.

Raimar Stange





Third Places

Öffentliche Räume als Begegnungsorte mit dem Unbekannten

Nicht erst seitdem jüngsten Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breidscheidplatz, ist der Ruf nach mehr Kontrolle über den öffentlichen Raum zu hören. Schon lange unterliegt er einem strukturellen Wandel. Stadtsoziologische Studien über europäische und US-amerikanische Städte haben gezeigt, dass öffentlicher Raum tendenziell kollektiviert und privatisiert wird. Nicht zuletzt, um dort Sicherheit zu garantieren und soziales Verhalten zumindest teilweise zu steuern. Hintergrund ist eine Neuordnung der funktionalen, juristischen und sozialen Dimensionen des öffentlichen Stadtraumes. Die augenfälligste Veränderung ist die Reduktion des öffentlichen Raumes auf den Zweck der Konsumtion. So werden zum Beispiel Teile von öffentlichen Plätzen als Caféterrassen benutzt. Eine extreme Form funktionaler Reduktion ist die *Shopping Mall*. Nicht nur weil dieser Raum komplett dem Kaufen und Verkaufen dient, sondern auch weil diese Interaktion möglichst ungestört verlaufen soll.

Räume zweckfreier Kommunikation

Die niederländischen Sozialwissenschaftler Hajer und Reijndorp interpretieren dies als ein Beispiel der gesamtgesellschaftlichen Tendenz zur Produktion von *zero-friction* Räumen, die sich auch in anderen Stadträumen zeigt. Bahnhofshallen oder musealisierte Innenstädte werden so erneuert und verwaltet, dass Bewegung und Aufenthalt reibungsfrei verläuft und konsumtives Verhalten stimuliert wird. Eine Verlagerung von Märkten aus ehemals öffentlichen Räumen, bedeutet zugleich eine Verschiebung vom öffentlichen Rechtsraum hin zum privaten. Soziale Exklusivität kann so leichter legitimiert werden.

Doch ungeachtet der Zunahme von *zero-friction* Räumen, besteht nach wie vor ein Bedürfnis nach sozial inklusivem öffentlichen Raum in der Stadt, in dem man sich unbeobachtet und ungehindert aufhalten kann. Ich argumentiere in diesem Beitrag, dass trotz einer sich breitmachenden Verunsicherung (vgl. *polar#21*), öffentliche städtische Räume weiterhin eine anziehende Wirkung haben können, wenn dort »zweckfreie Kommunikation« möglich ist. Dies ist auch in sogenannten *Third Places* der Fall, ein Sonderfall des öffentlichen Raumes. Neben ihrer Bedeutung für eine positive Weiterentwicklung europäischer Städte, sind *Third Places*

gesamtgesellschaftlich relevant. Denn durch eine Vielzahl von Orten, an denen eine entspannte soziale Annäherung und Interaktion möglich ist, kann – jenseits einer abstrakten Vorstellung von Solidarität – ein empathischer Umgang mit für uns fremden Menschen immer wieder neuerlernt werden. Aber wie müssen *Third Places* aussehen, um sozial inklusiv zu sein?

Öffentlicher und sozial inklusiver Raum

Der Begriff Inklusion wird je nach Wissenschaftsdisziplin und -tradition unterschiedlich ausgelegt. Aus soziologischer Sicht wird Inklusion in Bezug zur Exklusion (aus gesellschaftlichen Teilsystemen) gedacht. Der Soziologe Stichweh legt dar, dass es eine Anzahl paradigmatischer Figuren gibt, die Inklusion von Exklusion aufgrund des Vorhandenseins von Mitgliedschaften und Teilhabe (z. B. *citizenship*) oder von Solidarität unterscheiden. Dem übergreifend gilt, dass jeder Mensch in der Moderne einer gesellschaftlichen Disziplinierung ausgesetzt ist, trotz (oder gerade wegen) der tendenziellen moralischen Illegitimität von Exklusion. Stichweh argumentiert weiter, dass unter der Voraussetzung, dass Gesellschaft als Kommunikation begriffen wird, die Art und Weise der Bezeichnung oder der Adressierung von Menschen ausschlaggebend ist, ob sie Teil von Sozialsystemen sind oder werden können. Dabei geht es um die »für die Sozialdimension konstitutive Frage, wer überhaupt die Anderen sind, die für kommunikative Adressierung in Frage kommen, und von welchen Bedingungen Andersheit und die Adressierung von Andersheit abhängig ist.« [Stichweh, R. (2009) Leitgesichtspunkte einer Soziologie der Inklusion und Exklusion, in: derselbe & P. Winsdorf (Hrsg.) *Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*, VS Verlag, Wiesbaden, S. 30.]

Bezieht man diesen Gedanken auf den konkreten öffentlichen Stadtraum wird schnell klar, dass dort intuitiv und spontan entschieden wird, welcher Passant »anders« ist, ohne sich im Vorhinein oder explizit miteinander darüber zu einigen. Zudem kann man sich dort normalerweise frei entscheiden, ob man Kontakt mit Anderen aufnehmen will. Der kanadische Soziologe Goffman spricht hier von einer Umkehrung der Rahmenbedingungen. Während es in einem Raum mit Bekannten einen Grund geben muss, keinen (Blick)Kontakt miteinander aufzunehmen, so muss es in öffentlichen Räumen einen besonderen Grund geben, dies zu tun. Das Ziel ist jedoch in beiden Fällen dasselbe: Das Wohlbefinden des Einzelnen nicht zu beeinträchtigen, oder – von der Atmosphäre des Raumes aus betrachtet – soziale Inklusivität zu gewährleisten. Demnach ist Blickkontakt die minimale Variante von sozialer Inklusivität (es sein denn es handelt sich um ein Anstarren). Eine zugewandte Körperhaltung wirkt zusätzlich einladend, eine verbale Kommunikation aufzunehmen, was Goffman insgesamt als »höfliche Gleichgültigkeit« bezeichnet.

Das Besondere an öffentlichen Stadträumen ist, dass soziales Verhalten dort schwer vorhersehbar ist. Das liegt nicht nur daran, dass es sich um soziale Situationen handelt, an denen Menschen, die einander nicht kennen, beteiligt sind. Es gibt zahlreiche Aspekte, die die soziale Situation beeinflussen können. Angefangen bei den Erwartungen und der Haltung der Anwesenden über die Anzahl der Personen, der Gestaltung des Raumes bis hin zum Zeitpunkt. Auf mögliche Wirkungen dieser Bedingungen kann hier nicht vertieft eingegangen werden. Ebenso wenig auf die Frage, inwieweit sich strukturelle gesellschaftliche Bedingungen im Mikrobereich der sozialen Situation abbilden. Erwähnt sei nur, erstens, die Besonderheit, dass auf der Ebene sozialer Situationen im öffentlichen Raum, Personen durch ihre leibliche Anwesenheit nicht einfach zu exkludieren sind. Aus der Perspektive des Betroffenen aus betrachtet, stellt dies eine Chance dar, um die Situation zu seinen oder ihren Gunsten zu entscheiden, auch wenn diese Handlung eventuell nicht zur Inklusion in andere Sozialsysteme führt. Zweitens werden die wenigsten öffentlichen Stadträume von »Jedermann« genutzt. Studien, die die Beziehung zwischen sozialen Milieus und Raumnutzungsmuster untersucht haben, belegen, dass diese Orte tendenziell milieu-, geschlechts- und/oder altersspezifisch aufgesucht werden.

Dritte Orte

Die Tatsache, dass nur wenige öffentliche Stadträume für jede(n) Stadtbewohnerin von Bedeutung sind, heißt nicht, dass es nutzlos wäre, grundsätzlich über die sozialräumlichen Qualitäten nachzudenken, die soziale Inklusivität konkret vor Ort fördern könnten. Im Gegenteil. Stadtplanung sollte besonders darauf bedacht sein, ausreichend Treffpunkte zu fördern. Schlüssel dafür ist das Ermöglichen von wiederholter leiblicher Aneignung – und damit auch das Zulassen einer zeitweiligen Dominanz bestimmter sozialer Gruppen – die zugleich dynamisch genug ist, um auch die Aneignung durch Andere zu anderen Zeitpunkten zu stimulieren. *Third Places* sind solche Treffpunkte.

Third Places sind »dritte Orte«, die neben der eigenen Wohnung (erster Ort) und des Arbeitsplatzes (zweiter Ort) angeeignet werden. Laut Oldenburg, einem amerikanischen Stadtsoziologen, dienen sie hauptsächlich der zweckfreien Kommunikation und der Geselligkeit. Es sind »places where people gather primarily to enjoy each other's company. They are not like businessmen clubs and singles bars which people inhabit in order to informally encourage the achievement of formal goals.« (Oldenburg 1982:269).

Diese Beschreibung erinnert an die lange vorher entwickelte These Simmels. In *Soziologie der Geselligkeit* (1910) schrieb er, dass Geselligkeit auf einer rein persönlichen Kommunikation beruht, in der die berufliche Karriere, religiöse oder politische Einstellungen, usw. zurücktreten. Darum ist es auch eine »künstliche Welt«, die mit *Third Places* geschaffen wird. Trotz dieser Bemerkung, nimmt

Simmel Geselligkeit ernst und spricht sogar von einem demokratischen Grundprinzip von Geselligkeit, das auf der wechselseitigen Anerkennung des Rechtes auf »gesellige Werte« (wie Lebendigkeit, Freude, Entspannung, usw.) beruht.

Geselligkeit hat eine wichtige sozialpsychologische Wirkung. Gerade weil die soziale Position, der berufliche Erfolg oder die familiären Verhältnisse dort keine Rolle spielen und man trotzdem kommunikativ eingebunden ist, wird ein Gefühl der sozialen Teilhabe und Kontinuität vermittelt. Einen weiteren positiven Effekt von Geselligkeit sieht Oldenburg im Erlernen von Empathie mit unbekannten Menschen, die vielleicht zunächst als »anders« empfunden werden. Oldenburg geht sogar noch weiter und behauptet, dass die regelmäßige soziale Interaktion in *Third Places* das soziale Kapital (vgl. Putnam) des Einzelnen erhöhen kann. Dies wiederum soll dem zivilen Engagement und einer Stärkung des sozialen Zusammenhangs innerhalb des Quartiers, in dem der *Third Place* sich befindet, zugutekommen. Im deutschen Kontext belegt Schulze mit seiner Studie Erlebnisgesellschaft, zumindest teilweise die letzte Hypothese: Stadtteilzentren erlangen durch Quartiersbewohnerinnen eine höhere Bedeutung, als durch die übrigen Stadtbewohnerinnen.

Leeszaal Rotterdam-West

Was bisher theoretisch skizziert wurde, wird im sogenannten Lesesaal im Herzen Rotterdams umgesetzt (www.leeszaalrotterdamwest.nl). Es ist ein *Third Place*, der ganz gezielt mit dem Leitgedanken ein öffentlicher und sozial inklusiver Raum zu werden, geplant wurde. Die Initiatoren reagierten mit der Initiative auf die Schließung vieler Stadtteilbibliotheken in Rotterdam. Dadurch gingen der Stadt nicht nur Bildungsorte, sondern auch niedrigschwellige Treffpunkte verloren. Neben der Gründung eines Vereins, dem Konzept der Selbstorganisation (mit hauptsächlich ehrenamtlicher Arbeit) und der Finanzierung durch Spenden und Drittmittel für kulturelle (Bildungs-)Programme, geht es dort um die praktische Frage, wie eine milieu-, geschlechts- und altersübergreifende Besucherschaft angesprochen werden kann.

Das wird, erstens, durch ein heterogenes Angebot vor Ort realisiert (passend zu den vier Leitthemen Sprache, Kultur, Fantasie und Teilhabe). Dazu gehört das kostenlose Ausleihen, Mitnehmen oder Bringen von Büchern, die kostenlose PC-Nutzung und abonnierte Tageszeitungen in verschiedenen Sprachen. Außerdem werden nicht nur »high culture« Veranstaltungen organisiert (klassische Musik, Gedichte, etc.), sondern auch Vorführungen von Boxkämpfen, die Jugendliche aus Rotterdam West besuchen. Der Lesesaal ermöglicht einen Aufenthalt ohne Konsumzwang und fungiert als Treffpunkt, aber auch als Ort an dem man alleine verweilen kann. Ein Gespräch mit »vertrauten Unbekannten« (vgl. Milgram) ist möglich, aber nicht zwingend. Schlussendlich führen die unterschiedlichen sozialen Atmosphären vor Ort dazu, dass sich unterschiedliche soziale Gruppen

mit diesem Ort identifizieren können. Es wird bewusst darauf geachtet, dass immer mehrere Aktivitäten gleichzeitig möglich sind, d. h. wenn eine bestimmte Veranstaltung stattfindet, bleibt der Raum geöffnet für Besucher, die nicht wegen dieser gekommen sind.

Zweitens sorgt die Art und Weise der ›Produktion‹ dieses *Third Place* bleibend für ein heterogenes Publikum. Die ungefähr 80 ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen wurden so ausgewählt, dass Menschen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen kulturellen und milieuspezifischen Hintergründen an der Selbstorganisation teilnehmen. Dieser Umstand fördert die Bekanntheit des Ortes unter verschiedenen sozialen Milieus. Positiver Nebeneffekt ist, dass informelles Lernen auf der Produktionsseite stattfindet. Die ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen lernen nicht nur einen solchen Raum gemeinsam zu verwalten und zu beaufsichtigen, sondern fühlen sich – laut eigener Aussage – auch mit vielen Besucherinnen verbunden. Wichtigstes Thema bei der Beaufsichtigung des *Third Place*, ist die Art und Weise der Gastfreundlichkeit. Wie sollen die Nutzerinnen begrüßt werden, wann soll man soziales Verhalten reglementieren? Zur ersten Frage, erhielten die Gastgeberinnen eine kurze Schulung (dessen Inhalt interessanterweise der Goffman'schen Struktur der Blickkontakte, der zugewandten Körperhaltung, etc. sehr nahe kommt). Die zweite Frage wird *learning by doing* beantwortet.

Empathie mit uns unbekannten Menschen

Das oben beschriebene Beispiel zeigt, dass sozial inklusive öffentliche Räume sich vor allem durch eine zweckfreie Kommunikation einerseits und eine anerkannte Gleichzeitigkeit von diversen sozialen Atmosphären kennzeichnen. Ein Nebeneinander von verschiedenen Atmosphären bedeutet, dass auch die als zunächst ›anders‹ empfundenen Aktivitäten und Menschen (länger und öfter) beobachtet werden können, was eventuell das empathische Vermögen des Einzelnen schult.

Dies hat Folgen für die konkrete räumliche Gestaltung. Es muss dort eine mehrdeutige Symbolik geben, mit der sich verschiedene soziale Gruppen identifizieren können (das wäre also das komplette Gegenteil von einer aufgeräumten, vorgefertigten Atmosphäre, wie man sie in *zero-friction* Räumen findet).

Ein Nebeneinander von verschiedenen Atmosphären zu schaffen, bedeutet für die Stadtplanung, die funktionale Reduktion von Räumen aufzuheben. Es geht darum, neue Raumkonzepte zu ermöglichen, die *Third Places*, oder anders ausgedrückt, *hybride Orte* fördern. Orte, an denen diverse Aktivitäten und zweckfreie Aufenthalte neben Konsum erwünscht sind. Eine Ausbreitung vieler *Third Places* innerhalb der Städte zu fördern, hieße eine Rückbesinnung auf die Empathie mit uns unbekannten Menschen, die durch leibliche Begegnungen in sozial inklusiven, öffentlichen Räumen wahrscheinlich effektiver erlernt werden kann, als durch eine Begegnung mit dem Fremden in digitalen Räumen. ■



Geteilte Erfahrung

Für eine Politik des öffentlichen Raums

Öffentlicher Raum meint den allgemein zugänglichen Bereich, in dem gemeinsame Erfahrungen geteilt werden können – und Menschen sich im Anschluss kulturell und politisch engagieren. Damit ist öffentlicher Raum vor allem als ein Bezugsgewebe von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren bestimmt. So ein Raum kommt zum Vorschein, wenn sich Menschen etwa auf öffentlichen Plätzen in das kulturelle und politische Leben einer Gesellschaft einschalten.

Raum für politische und kulturelle Begegnung ist allerdings etwas, dass sich nicht einfach institutionell einrichten oder lokal bauen lässt. Selbst scheinbar optimale Bedingungen der Zugänglichkeit eines Ortes oder Netzes sowie gute institutionelle Einbettung garantieren keineswegs ein Funktionieren als lebendiger, belebter öffentlicher Raum. Ohne die Ungezwungenheit von Begegnungen und Freiräumen, ohne das lebendige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, ist öffentlicher Raum nicht zu denken.

Dass ein solcher Raum ein enormes Potenzial für politische Inklusion vorhält, dürfte auf den ersten Blick einleuchten. Zu fragen ist allerdings danach, wie eigentlich Politik einen solchen Raum beleben oder erhalten kann. Das Dilemma besteht nämlich darin, dass öffentlicher Raum zwar in gewisser Weise unverfügbar sein mag, politische Gemeinwesen aber für eine emanzipatorische Politik der Bürgerinnen und Bürger auf öffentlichen Raum angewiesen ist. Wie kann sich dann eine Strategie der Inklusion überhaupt auf einen öffentlichen Raum stützen? Ein solcher öffentlicher Raum, der Aufgaben der Inklusion übernehmen soll, kann ja nicht einfach hergestellt werden. Die politische Perspektive muss dennoch danach ausgerichtet werden, wie Inklusion durch einen Einschluss von Gruppen und Individuen im öffentlichen Raum gelingen kann. Daher ist also genauer zu fragen: Wie kann eine Strategie der Inklusion das Entstehen und die Erhaltung von lebendigen öffentlichen Räumen unterstützen?

Primat des Inklusiven: Infrastruktur

Wenn es einen Primat der Inklusion geben soll, so sollte ein politisches Gemeinwesen greifbar werden, das in entscheidender Weise durch das öffentliche Auftreten von Bürgerinnen und Bürgern zur Geltung kommt, d.i. der öffentliche Raum,

der die geforderte Inklusion leisten kann. Es sind die immer schon geteilten Erfahrungen im öffentlichen Raum, die Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich politisch, sozial oder kulturell zu engagieren.

Sofern sich daraus ein Auftrag für die Politik ergibt, muss auf mehreren Ebenen gleichzeitig überlegt werden, wie sozialpolitische Maßnahmen inklusiv wirken. Zu überlegen ist also, wie öffentlicher Raum vom Ausbau oder Rückbau staatlicher Institutionen und von Investitionen in öffentliche Infrastruktur abhängt. Eine Dreigliederung der Infrastruktur in Orte, Netze und Systeme ist hier z. B. eine interessante Differenzierung: Orte entstehen oder werden zumindest auch durch die Raumplanung von Kommunen, durch das Versammlungs- und Nutzungsrecht oder durch Trägerschaft etc. strukturiert; öffentliche Netze sind in der Regel von staatlicher Infrastruktur oder zumindest staatlicher Kontrolle abhängig; Systeme befähigen durch Regulierungen und Institutionen die Menschen dazu, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und sich aktiv zu beteiligen.

Einen anderen Akzent legen klassische (hier durchaus komplementäre) Wohlfahrtsmodelle, die vor allem Individualtransfers in (bedürftige) Haushalte fordern. Bisweilen können diese Transfers aber sogar einen negativen Saldo in puncto Inklusion aufweisen. Ein besonders deutliches Beispiel wäre hier die Maßnahme des sogenannten Betreuungsgeldes, das im Verdacht steht, insbesondere Kinder und Eltern eines bestimmten, eher sozial schwachen Milieus vom Besuch einer Kita fernzuhalten. Angenommen diese Befürchtung trifft zu, so mag es sich zwar immer noch um eine Maßnahme handeln, die sich als finanzielle Unterstützung von Familien rechtfertigen lässt, in Bezug auf Inklusion im öffentlichen Raum erscheint sie aber als problematisch. Bei engen finanziellen Spielräumen der öffentlichen Haushalte lässt sich argumentieren, dass genau dieses Geld in Kinderbetreuungseinrichtungen fehlt. Beispielsweise kann eine Kita Begegnungsort für Eltern und Kinder sein, ein Netz von Betreuung und Beratung und eine Institution der Erziehung, mit anderen Worten: lebendiger und erfahrbarer öffentlicher Raum. Das Beispiel dieses Politikfeldes verdeutlicht durch seine Verflechtung der Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen allerdings auch, wie kompliziert koordinierte Programme in dieser Hinsicht zu entwickeln sein dürften. Sozialpolitik, die auf Individualtransfers wie das Betreuungsgeld setzt, scheint so leichter umsetzbar zu sein als eine Politik, die ihr Augenmerk auf die Wirkung von Maßnahmen im öffentlichen Raum legt. Es muss daher noch anders für die Wirksamkeit von Inklusion argumentiert werden, damit eine solche Strategie nicht zwischen den verschiedenen Ebenen zerfällt. Deshalb sollten institutionelle Transfers gerade ökonomisch Benachteiligten zugutekommen, denen andere Zugänge nicht offen stehen. Gleichzeitig sollte aber eine von vielen finanzierte öffentliche Infrastruktur für alle greifbar werden, nicht zuletzt für diejenigen mit höherem Steueraufkommen.

Möglicherweise lässt sich über die Frage nach öffentlichem Raum so eine neue Dimension sozialer Fragen eröffnen, die quer zu den Fragen der Verteilung von Wohlstand und Chancen liegt. Unter anderem ist hier die Frage entscheidend, ob Steuern und Abgaben in greifbarer Gestalt denjenigen, die für sie aufkommen, alltäglich in ihrer Umwelt, in einem öffentlichen Raum, wieder »begegnen«. Das gelingt aber nur, wenn Bürgerinnen und Bürger einerseits dem eigenen Tun und Lassen auch eine öffentliche Dimension beimessen, die über ihre privaten oder familiären Interessen hinausreicht. Es muss politisch gelingen, insbesondere eine bürgerliche Mittelschicht davon zu überzeugen, dass eine Erfahrung von Inklusion an den lebendigen Beziehungen von Menschen hängt – entsprechend müssen Orte geschaffen werden, die eine inklusive Wirkung haben, an denen diese Beziehungen entstehen und sich stabilisieren können. Zugleich braucht es bürgerschaftliches Engagement in politischen Institutionen. Daher gilt es auch, abgekoppelte Milieus jenseits der genannten Schicht zu einer Öffnung zu motivieren und keinen Gegensatz aufzubauen von Staat und Parteien einerseits und zivilgesellschaftlichem Engagement andererseits.

Eine Strategie der Inklusion muss dementsprechend ein Gespür für diese Wirkung von Maßnahmen entwickeln, eine Sensibilität für Inklusion und Exklusion. Dies könnte als eine »soziale Haptik« bezeichnet werden. Das meint zum einen die Erfahrung und Greifbarkeit von öffentlichem Raum, zum anderen eine Reflexion darüber, wie sich das Wissen um diese Erfahrung in eine sozialpolitische Strategie der Inklusion überführen lässt. Eine solche Strategie muss sich dann wiederum ausdifferenzieren lassen: Was folgt für die drei Ebenen aus diesen Überlegungen sozialpolitisch? *Erstens* ergibt sich in Bezug auf die Sozialsysteme der Schluss, dass Investitionen in Dienstleistungen gegenüber Individualtransfers priorisiert werden sollten. *Zweitens* sollte bei den Orten besonderes Augenmerk auf die sozio-kulturelle Durchmischung gelegt und eine Diversität von Orten erhalten werden. *Drittens* müssen dementsprechend Netze auf eine breite und dezentrale Versorgung ausgerichtet werden.

Für einzelne sozialpolitische Maßnahmen kann das bedeuten, sie auf eine Art Inklusionsüberschuss hin zu testen, d.h. neben einer Verteilungswirkung immer auch zu fragen, ob sie darüber hinaus Prozesse der Inklusion befördern. Dafür, so sollte deutlich geworden sein, muss eine sozialpolitische Strategie argumentativ herausarbeiten, warum vor allem die Investitionen in öffentliche Infrastruktur mehr sind als bloß ein Faktor für einen Wirtschaftsstandort oder die Gewährleistung von sozialen Standards. Solche Investitionen in öffentliche Infrastruktur versprechen zwar keine »blühenden Viertel« oder die automatische Belegung von öffentlichen Institutionen. Es lässt sich aber die Priorisierung bei den staatlichen Ausgaben dadurch legitimieren, dass ein Rahmen geschaffen wird, in dem die Möglichkeiten von Inklusion entstehen, sobald Bürgerinnen und Bürger sie ihrerseits annehmen.

Schichten- und milieuübergreifend?

Politisch lässt sich die Frage nach dem öffentlichen Raum noch einmal zuspitzen. Dabei muss vor allem nach einem öffentlichen Raum gefragt werden, in dem schichten- und milieuübergreifende Begegnungen von Menschen möglich und wahrscheinlich werden. Dem stehen in der Regel die Zugangshürden von vielen Institutionen und Netzen sowie gentrifizierte Orte und segregierte Städte entgegen. Darüber, wie diese Zugänge entstehen, lässt sich allerdings streiten, und zwar auch dann, wenn das emanzipatorische Ziel einer solchen Politik im Prinzip unstrittig ist. Eine Strategie der Inklusion sollte davon ausgehen, dass sich grob zwei Vorstellungen unterscheiden lassen, wie Inklusion zu realisieren ist: zum einen die einer Identitätspolitik, bei der bestimmte Milieus und Schichten eine Identität in relativ geschützten Szenestadtteilen, Cafés, Vereinen etc. ausbilden und auf diese Weise ein Netz von Inklusionen wachsen lassen. Daran schließen vor allem zivilgesellschaftliche Bewegungen an, die z. B. in ihrem Viertel etwas bewegen wollen. Zum anderen gibt es die Vorstellung einer Politik der öffentlichen Institutionen, die versucht durch (häufig staatliche) Maßnahmen allgemeine Grundlagen des Zusammenlebens in einer politischen Gemeinschaft entlang der drei vorgestellten Ebenen bereitzustellen.

Zunächst aber zum Konflikt dieser zwei Ausrichtungen, um den es geht: Auf der einen Seite scheint es teilweise ein Zusammenfallen von Identitätspolitik und Individualtransfers zu geben, die eine möglichst große Autonomie der individuellen und milieuspezifischen Selbstorganisation annehmen; auf der anderen Seite steht ein Pakt zur Stärkung öffentlicher Institutionen, die mit dem Ausbau öffentlicher Infrastruktur zusammenfällt und die deshalb gegenüber den Individualtransfers Priorität hat. Dass sich diese Optionen nicht kategorisch ausschließen, dürfte leicht ersichtlich sein, sofern auch Identitätspolitik von öffentlicher Infrastruktur abhängt und Institutionen durch zivilgesellschaftliche Impulse belebt werden müssen.

Für die dennoch unumgängliche Frage nach den Prioritäten jeder Sozialpolitik in puncto Finanzierung bedeutet das allerdings eine Verschiebung: Institutionelle Transfers sollten, wie gesagt, gegenüber Individualtransfers priorisiert werden, weil ihre Inklusionswirkung in der Regel höher einzuschätzen ist. Auch Individualtransfers können Milieus ermöglichen, in denen sich Identitätspolitiken ausformen, die jeder vielfältigen Gesellschaft innewohnen. Dadurch besteht aber ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen der Autonomie von Milieus einerseits und der Sorge um eine allgemeine Zugänglichkeit andererseits.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Milieus einer Gesellschaft scheint insbesondere den Orten, die relativ kleine Gewebe von menschlichen Bezügen bilden, eine besondere Rolle zuzukommen. Sie wirken unter Umständen wie ein Laboratorium, in dem sich Identitäten autonom entwickeln können, in denen Modi der

Interaktion im Kleinen erprobt werden und Initiativen entstehen. Eine solche Identitätspolitik ist in einer liberalen Gesellschaft selbstredend nicht nur legitim, teilweise kann sie sogar wie ein Laboratorium für die Institutionen von Staaten wirken. Dafür lohnt es sich zu vergegenwärtigen, dass schwer greifbare Institutionen wie Sozialversicherungen letztlich auf Solidarität beruhen, von der erst in der konkreten Betroffenheit von Arbeitslosigkeit oder in der Situation von Flüchtlingen klar wird, wann sie fehlt oder greift. Die primäre Erfahrung von Solidarität und ähnlicher Modi der Interaktion dürfte daher in Netzwerken liegen, die sich tatsächlich aus Kontakten in Milieus ergeben.

Diese sind damit jedoch noch keineswegs automatisch inklusiv im Sinne einer Vielfalt der Gesellschaft. Das Gegenteil kann der Fall sein: Sie können segregieren durch sich abschottende Milieus. Am Wohnort ergibt sich damit in der Regel schon unterhalb der Ebene einer Kommune ein Geflecht verschiedener Orte, die für Individuen und Gruppen eine inklusive oder exklusive Wirkung entfalten. Wenn das zutrifft, dann wird es politisch nicht genügen, sich auf die Identitätspolitik politischer Milieus zu verlassen, die Inklusion schon besorgen werden. Denn es steigt mit der Staatsferne und der Betonung von Autonomie noch nicht unbedingt die Inklusivität, etwa für bildungsferne und ökonomisch benachteiligte Schichten. Im Gegenteil: Szenecodes können alternative Milieus mit Bildungsnähe und Plattenbausiedlungen mit eher bildungsfernen Einwohnerinnen und Einwohnern voneinander segregieren und zu einer Parallelexistenz ohne gemeinsame Bezüge führen. Damit dürfte auch klar sein, dass eine ausbleibende Durchmischung der sozialen Schichten und kulturellen Milieus nicht nur in Parteien und ähnlichen Institutionen ein Problem wäre.

Es muss sich deshalb hier die kritische Frage anschließen, inwieweit öffentliche Räume überhaupt die Vielfalt von Bürgerinnen und Bürgern gegenwärtig aufnehmen. Aus Sicht der Identitätspolitik müsste die kritische Rückfrage an die Institutionen im öffentlichen Raum dementsprechend lauten, ob diese überhaupt diverse Bewegungen aufnehmen können.

Wie gesagt, ist es um die inklusive Wirkung von vielen Institutionen sicherlich nicht gut bestellt. Andersherum müssen sich auch Milieus, um Inklusion zu entfalten, von einer Identitätspolitik in Reinkultur verabschieden. Solche Milieus laufen z.B. Gefahr, soziale Probleme wie Gewalt auf Straßen, Plätzen und in Verkehrsmitteln zu bagatellisieren und Orte, an denen diese gehäuft vorkommen, in der Folge als Zone ohne staatliche Gängelung zu idealisieren. Damit kann eine angebliche Toleranz enorm exklusive Tendenzen entfalten. Dem wäre auf der Ebene politischer Steuerung insbesondere in Großstädten gezielt die soziale Durchmischung entgegenzusetzen, etwa durch Wohnungsbau oder auch gebaute Freiräume für experimentelle Lebensformen.

Auf diese Weise kann ein Versuch unternommen werden, dem Anspruch einer »Politik für alle« gerecht zu werden. In Bezug auf eine sozialpolitische Strategie ist

dazu aber noch ein anderer Aspekt zu bedenken: Wenn sich ein solches Politikangebot an alle Bürgerinnen und Bürger richtet, ist damit keineswegs gesagt, dass es auch von Bürgerinnen und Bürgern aller Schichten und Milieus gewählt und aktiv in Anspruch genommen wird. Es lässt sich erahnen, auf welche Widerstände eine solche Politik treffen könnte.

Zumindest zwei Einwände lassen sich gegen eine Strategie zur Öffnung von sozialen Räumen formulieren, die eigentlich ein und denselben Grund haben: Zum einen geht es um die aus Mittel- und Oberschicht zusammengesetzten Netzwerke. Diese stehen einer höheren Durchlässigkeit und der damit einhergehenden Durchmischung in den vor allem staatlichen Institutionen skeptisch gegenüber; sie reklamieren nicht selten Orte und Netze für sich (wie z. B. 2010 die Hamburger Elternproteste gegen ein gemeinsames längeres Lernen in den Schulen ihrer Kinder zeigten). Zum anderen sind die verschiedenen marginalisierten Gruppen der Gesellschaft zu nennen, die von sozialer Exklusion durch die Mehrheitsgesellschaft betroffen sind und sich durch eine autonom formulierte Identitätspolitik ihrerseits zu behaupten suchen. Beide Arten von Vorbehalten mögen ihre Berechtigung haben, eine Strategie der Inklusion sollten sie allerdings nicht blockieren.

Für wen Politik machen?

Sind diese Schwierigkeiten einmal erkannt, muss sich Sozialpolitik vergegenwärtigen, wie eine »Politik für alle« aussehen kann. Gemeint ist: Wen kann emanzipatorische Politik auf welche Weise für eine Strategie der Inklusion gewinnen, wenn die Ausgeschlossenen und diejenigen, die gegen diese Ausschlüsse votieren, nicht unbedingt dieselben Personen sind? Eine Politik, die Interessens- und Milieubefindlichkeiten direkt attackiert, wird auf wenig Zustimmung stoßen und muss unter Umständen mit erheblichem Gegenwind nicht zuletzt aus der eigenen Wählerschaft rechnen. Daraus folgt allerdings nicht gleich ein Dilemma von Identitätspolitik und Besitzstandwahrung versus politische Strategie einer Partei. Eine sozialpolitische Strategie sollte keinesfalls einfach auf die Beharrungskräfte einer Gesellschaft verweisen, die sich vermeintlich auf den Wahlzetteln zu Ungunsten solcher politischen Kräfte manifestieren. Vielmehr muss eruiert werden, wie Verfahren durch Partizipation und Transparenz eine Brücke zwischen der systemischen Rahmensetzung durch politische Steuerung und der konkreten Ausgestaltung vor Ort schlagen können.

Für die Überlegung, wie sich Mehrheiten finden ließen für eine solche Strategie der Inklusion, scheint dann aber ein anderes Argument noch bedeutsamer: Dürfte es nicht leichter fallen, diejenigen, die für die Einnahmen des Staates durch Steuern und Abgaben überproportional aufkommen, von einer Investition in öffentliche Infrastruktur zu überzeugen, wenn sich diese Investition in öffentlichen Räumen sichtbar manifestiert? Erfahrbare Räume, die Inklusion realisieren, scheinen dafür geeigneter als ein abstrakter Transfer von einem privaten